

Haftbefehl gegen DRB-Menschenrechtspreisträger

Der in Deutschland im Exil lebende DRB-Menschenrechtspreisträger Nguyen Van Dai gerät abermals unter Druck durch das kommunistische Regime Vietnams. Von der Lage des Rechtsstaats in seiner Heimat zeichnet er ein bedrückendes Bild. Von Matthias Schröter



In Vietnam ist die Justiz Schild und Schwert der Kommunistischen Partei: Dem DRB-Menschenrechtspreisträger Nguyen Van Dai – 2018 bei der Preisübergabe nach seiner Ausreise – droht neue Gefahr aus dem Land am Mekong.

Seit dem 18. November sucht Vietnam Van Dai per Haftbefehl. Die Ermittlungsbehörde für Staatssicherheit des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit hat ihn wegen staatsfeindlicher Propaganda angeklagt, wie er im Gespräch mit der DRiZ erläutert. In zahlreichen vietnamesischen Medien wird er auch steckbrieflich gesucht. Er verteidigte sich direkt nach Bekanntwerden der Anklage in einem offenen Brief und erklärte, dass alle seine „Artikel und Videos im Einklang stehen mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung“. Er bezeich-

nete den Haftbefehl als „grenzüberschreitende Repressionsmaßnahme“. „Ziel ist es, oppositionelle Stimmen im Ausland zum Schweigen zu bringen, nachdem Vietnam bereits alle oppositionellen Stimmen im Inland unterdrückt hat.“ Dem DRB-Menschenrechtspreisträger wird auf Grundlage von § 117 des vietnamesischen Strafgesetzbuchs vorgeworfen, Dokumente staatsfeindlichen Inhalts hergestellt und verbreitet zu haben. Ihm würde damit eine abermalige langjährige Haftstrafe drohen.

Van Dai, der von Hanau aus versucht, als Blogger seine Landsleute in Vietnam zu unterstützen, wurde 2018 in Hanoi mit fünf weiteren Bürgerrechtlern der von ihm gegründeten Bruderschaft für Demokratie zu langjährigen Haftstrafen zwischen 7 und 15 Jahren verurteilt, bevor er kurz darauf überraschend aus Vietnam ausreisen durfte. Er war 2017, noch in Haft in Vietnam, in Abwesenheit mit dem Menschenrechtspreis des Deutschen Richterbundes ausgezeichnet worden; diesen konnte er 2018 nach seiner Ausreise persönlich entgegennehmen. Van Dai war als Zwanzigjähriger 1989 in die DDR gereist und hatte dort den Mauerfall erlebt. 1990 kehrte er nach Vietnam zurück, studierte Jura und arbeitete anschließend als Rechtsanwalt in Hanoi. Er setzte sich vor allem für verfolgte Christen ein. Vietnam ist ein Einparteienstaat – politisch Andersdenkende werden verfolgt. Ein Bericht von Human Rights Watch (HRW) zeigt, dass die kommunistische Regierung immer härter gegen Andersdenkende vorgeht. Zunehmend geraten ganz normale Bürger ins Visier, die in sozialen Medien Themen wie Religionsfreiheit, Landrechte oder Korruption ansprechen. Die Justiz stützt sich laut HRW dabei vor allem auf den umstrittenen § 331 des Strafgesetzbuches, der den „Missbrauch demokratischer Freiheiten zur Verletzung staatlicher Interessen“ unter Strafe stellt.

Kein Rechtsstaat – Seit 80 Jahren ist Vietnam ein Einparteienstaat

Im zurückliegenden Jahr feierte Vietnam den 80. Jahrestag seiner Unabhängigkeit von der französischen Kolonialherrschaft – und das 50-jährige Ende des Kriegs zwischen dem Nord- und Südteil des Landes. Am 2. September 1945 hatte der damalige Präsident Ho Chi Minh die Unabhängigkeit ausgerufen. Seit Kriegsende, verbunden mit der katastrophalen Niederlage der Vereinigten Staaten, regieren in dem Einparteienstaat die Kommunisten. Über die Rechtsstaatlichkeit und Justiz im heutigen Vietnam redete Van Dai mit der Deutschen Richterzeitung Klar-Text: „Vietnam hat nie einen Mechanismus zugelassen, der einen Rechtsstaat ermöglicht hätte.“ Obwohl Parlament, Regierung und Justiz existierten, „stehen alle diese Institutionen unter der Kontrolle des Politbüros und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei“. Die Partei könne jederzeit „in polizeiliche Ermittlungen, staatsanwaltliche Tätigkeiten sowie gerichtliche Entscheidungen eingreifen“. Van Dai sagte: „Daher betrachten die Machthaber Vietnams das Gesetz als Werkzeug zur Kontrolle der Bevölkerung und zur Ausschaltung von Rivalen. Das Gesetz wird nach dem Willen der Mächtigen ausgelegt und angewendet.“ Jörg Wischermann, Vietnam-Experte des GIGA-Instituts für Asien-Studien, bestätigte die Darstellung. Die rechtsstaatliche Lage habe sich im Laufe der zurückliegenden zehn Jahre kontinuierlich verschlechtert. Dies sei umso erstaunlicher und erklärend bedürftiger, als sich die in Vietnam herrschende „Partei-Staat-Unternehmens-Allianz“ in den zurückliegenden Jahrzehnten keiner „Gefahr ausgesetzt gesehen habe“. Seinen Worten zufolge fungiert die Justiz ähnlich dem Militär und damit einem leninistischen Grundverständnis folgend zumeist als „Schild und

Schwert der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV)“. Natürlich gebe es Einzelfälle, in denen die Justiz von der Parteilinie abweichen wolle und andere Positionen und Interessen artikuliere. In der Regel aber entscheide die Partei, was Recht ist. Zu der neuen Linie Vietnams mit Haftbefehlen gegen im Exil lebende Regierungskritiker sagte er: „Man möchte offene Kritiker an der Regierungspraxis am liebsten im Land haben, um sie öffentlich aburteilen zu können.“ Vor allem wolle man dadurch vermutlich Kritiker im Inland abschrecken und solche im Ausland, zumal vor Beginn des 2026 stattfindenden Parteitags, zur Zurückhaltung drängen. Entführungen aus Deutschland heraus, wie in früheren Fällen, erwartet er nicht. DRB-Menschenrechtspreisträger Van Dai sagte, der Machtkampf in der kommunistischen Führung spalte sich vor dem 14. Parteitag der KPV im Januar zu. To Lam, Generalsekretär und Parteichef, mächtigster Mann des Landes, sei 68 Jahre alt. Er möchte Van Dai zufolge eine Sonderregelung erwirken, um bis 2031 weiter im Amt bleiben zu können. „To Lam strebt einen Polizeistaat mit absoluter Macht an“, sagte Van Dai. Dies verursache Unzufriedenheit sowohl innerhalb der Partei als auch in der Bevölkerung. „To Lam will die Macht des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit nutzen, um alles zu kontrollieren – von der Parteistruktur bis hin zur Bevölkerung.“ Schon jetzt sei die „Menschenrechtslage in Vietnam die schlechteste seit 1990“. Alle Dissidenten, Mitglieder unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen und unabhängiger religiöser Gruppen „werden unterdrückt oder inhaftiert“.

„Gerichte in Vietnam nur Werkzeuge der Kommunisten“

Die Richterzeitung wollte auch wissen, wie der DRB-Menschenrechtspreisträger seine persönliche Sicherheitslage einschätzt. „Ich fühle mich in Deutschland sehr sicher, weil die deutsche Polizei mich immer beschützt“, antwortete Van Dai. Er sei der Überzeugung, dass der Haftbefehl in Deutschland keine Wirkung habe. „Aber es könnte für mich gefährlich werden, wenn ich in südostasiatische oder allgemein asiatische Länder reise.“ Zu dem für dieses Jahr angesetzten Prozess gegen ihn wird er selbstverständlich nicht reisen: „Ich werde niemals nach Vietnam zurückkehren.“ Ein Prozess in Abwesenheit sei immer unfair. Und: „Ich habe 2007 und 2018 bereits drei Prozesse in Vietnam erlebt. Obwohl ich anwesend war, wurden meine Verteidigungsaussagen nie berücksichtigt.“ Sein Fazit: „Die Gerichte in Vietnam sind nur Werkzeuge der kommunistischen Führung zur Bestrafung von Oppositionellen und keine Orte, an denen Gerechtigkeit herrscht.“



Matthias Schröter
ist Chef vom Dienst der
Deutschen Richterzeitung.